

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 06/52. Jahrgang

Juni 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Ein kämpferischer Mai - wir waren sichtbar

Die Arbeitswelt wird immer brutaler: Arbeitszeit, Überstunden, Prekarität. Dies dient nur dem Profit der Konzerne – dagegen müssen wir uns wehren: Für Personalbemessung und kürzere Arbeitszeiten, gegen Prekarisierung und Leiharbeit.

Wir danken den Befreier von Krieg und Faschismus – wir danken insbesondere den Soldaten der Roten Armee – wir sagen Frieden mit Russland – Abrüstung jetzt – Raus aus der NATO.



Deswegen waren wir am **1. Mai** auf die Straße -

Kampftag der Arbeiterklasse

Gießen: Wir waren über 500 Demonstrierende, der rote Block war kämpferisch und laut. "Streik in der Klinik, Streik in der Fabrik - Das ist unsere Antwort auf eure Politik!" <https://youtu.be/HB3FdEtGAng>

Deswegen waren wir am **8. Mai** auf der Straße -

Befreiung vom deutschen Faschismus

Gießen: Zwischen 150 und 200 Teilnehmer nahmen an der Veranstaltung zum 8. Mai in Gießen teil. Aktiver Widerstand ist nötig - ständig und überall.

Mach´ mit in der DKP!

Inhalt

| | |
|---|------|
| Big Pharma macht Kasse / Entlassungen in privaten Kliniken / Tag der Pflege | S. 2 |
| Drei Hauptamtliche reichen / Verkehrswende jetzt | S. 3 |
| Rätselhaftes aus Gießen / Kuba | S. 4 |
| Hambi / UKGM: Vergesellschaftung möglich | S. 5 |
| Leserbrief / Patente töten / Gießener Löcher | S. 6 |
| Pandesmiekämpfung und Kriegsvorbereitung / Den Armen wirds genommen | S. 7 |
| Termine / Echo-Rätsel / 50 Jahre Echo | S. 8 |

Für uns heißt internationale Solidarität z.B. in Venezuela und Kuba direkt zu helfen und aus den Erfahrungen dort zu lernen, aber auch Völkerfreundschaft statt Krieg gegen China und Russland.



Deswegen veranstalteten wir am **27. Mai** eine öffentliche MV zum Thema „Russland“. **Gießen:** Das Kerkradezimmer der Kongresshalle war voll, der Stream gut besucht, wir haben gute Diskussionen geführt. https://youtu.be/5cIXbz3_wo

Die NATO rüstet auf, Krieg mit Russland droht. BRD ist vorne dabei. Grüne und SPD sind nicht glaubhaft. Es sind die Monopole, die den Krieg für Rohstoffe und Absatzmärkte brauchen. Ohne Frieden ist alles nichts!



Deswegen haben wir am **30. Mai** mit dem Friedensnetzwerk die **Wanderer für den Frieden** am Rathausplatz begrüßt und ab **Gießen:** Die Wanderung am **31. Mai** nach Butzbach mitorganisiert.

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Covid-19 – Big Pharma macht Kasse

Vor einem Jahr berichteten wir darüber, dass die internationalen Pharmakonzerne, genannt „Big Pharma“, an der Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen gegen die Corona-Pandemie nicht beteiligt sind. Die Bekämpfung von Pandemien, die in nicht vorhersehbaren Zeiträumen ausbrechen, passt nicht in das Geschäftsmodell der Konzerne, die auf kontinuierliche wachsende

Profite aus sind. Die Mittel gegen Pandemien werden von öffentlichen Forschungseinrichtungen und daraus hervorgegangenen Biotechniklaboren entwickelt. Big Pharma steigt erst ein, wenn die Entwicklung abgeschlossen ist und eine Massenproduktion notwendig wird. Die Herstellung von vielen Millionen Impfdosen kann nur in großen Fabriken bewältigt werden, wie sie dort bereitstehen. Biontech kooperiert mit US-Konzern Pfizer. Der noch in der Schlussphase der Erprobung befindliche Impfstoff von CureVac wird

von Bayer produziert. Die Universität Oxford wollte die Produktion ihres Impfstoffes an alle abgeben, die ihn herstellen können, musste aber auf Druck des Geldgebers "Bill Gates Stiftung" mit AstraZeneca kooperieren. Dieser Hersteller konnte aber dazu verpflichtet werden, das Serum zu einem (wahrscheinlich großzügig berechneten) Selbstkostenpreis abzugeben – er kostet pro Dosis etwa 1,50 Euro, alle anderen das 10- bis 30-fache. Daran sehen wir, wie hoch die Gewinnspanne ist, die sich Hersteller und Entwicklungslabors teilen. Fehlender Profit ist wohl auch der Grund dafür, dass dieser Stoff von Medien und Politikern schlecht geredet wird.

Gernot Linhart



Private Kliniken: Dienstpersonal soll entlassen werden

Die privaten Klinikkonzerne haben schnell herausgefunden, wie sie die gesetzlichen Regelungen zur Verbesserung der Krankenpflege zur Erhöhung ihrer Profite nutzen können. Der Konzern "SANA Kliniken AG" gliederte vor einiger Zeit die Beschäftigten für Hol- und

Bringdienste, Patientenbegleitungen, Informationen, Wäscheservice, Archiv und Stationshilfsdienste in eine Dienstleistungsgesellschaft aus. Jetzt will er 1.000 dieser Kollegen entlassen. Deren Arbeit das Pflegepersonal, das durch die Gesetze entlastet wurde, übernehmen soll. Die

Betroffenen wehren sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaft ver.di. Falls die SANA-Kollegen verlieren, werden die anderen Klinikkonzerne vermutlich nachziehen und genauso handeln.

G.L.

Pflege auf kapitalistischen Krücken

Am 12. Mai war Tag der Pflege. Zu diesem Anlass rief ver.di zu einer Kundgebung vor dem Regierungspräsidium unter dem Motto #nichtsichselbstverständlich auf. Über die Zustände und den Arbeitsalltag berichteten dort Pflegekräfte, aber auch politische Gruppen; PatientInnen und Medizinstudierende kamen, um sich zu solidarisieren. Es wurde deutlich, dass sich dringend etwas ändern muss, denn die Arbeit wird nicht nur schlecht bezahlt, sondern ist durch die Unterbesetzung auch kaum zu bewältigen. Insbesondere durch die Privatisierung hat man kaum Zeit für Zwischenmenschlichkeit und ist schon froh, wenn die PatientInnen sauber sind und ihre Medikamente haben.

Gesundheitsminister Spahn sagt: „Wenn von 1 Million Pflegekräften 100.000 nur drei, vier Stunden mehr die Woche arbeiten würden, wäre schon viel gewonnen“. Die Teilzeitquote ist in den vergangenen Jahren um 40% gestiegen. Das ist aber die Folge und keineswegs die Ursache des Pflegemangels. Auf Grund von Schichtdienst und zunehmender Arbeitsbelastung können und wollen viele Pflegekräfte - insbesondere Frauen, die sich oft noch um Haushalt und Kinder kümmern - nicht in Vollzeit arbeiten.

Die Lösung für den Pflegemangel ist also nicht allein ein Corona-Bonus, denn von Geld kann man

sich keine Erholung kaufen. In der Gesundheitsversorgung sollte es eher darum gehen, Menschen zu helfen, nicht Profite zu machen. Die Arbeit der Pflege ist eigentlich *unbezahlbar*, aber das Mindeste wäre höhere Löhne und bessere Personalbesetzung!

Marie Wächter



Gießener Linke: Drei Hauptamtliche reichen!

Mit einer drastischen Kurskorrektur startet die CDU in die Legislaturperiode im Landkreis. Zehn Jahre lang predigte sie, es gebe nichts Wichtigeres als Sparen, Sparen, Sparen. Besonders die Deckelung der Personalausgaben hatte sie im Auge. Es gab keine neuen Stellen für Sachbearbeiter, Sozialpädagogen oder Wohnungspolitik – ohne penible und angestrenzte Kreuzverhöre über die Notwendigkeit führen zu müssen. Keinem Stellenplan stimmte sie zu, ganz so, als kämen Ausgaben für Arbeitsplätze einer Todsünde gleich. Jetzt allerdings legt die CDU mit Grünen und FW einen Antrag vor, mit dem in der ersten Sitzung des Kreistages die Zahl der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten (neben der Landrätin) auf drei erhöht werden soll. Die Personalaufwendungen dafür summieren sich jährlich auf einen sechsstelligen Betrag, in der Regel kommen zu

einer solchen Stelle noch ein gut dotierter persönlicher Referent und eine Sekretärin hinzu.

„Schon in der ersten Kreistagssitzung soll nicht nur dieser Beschluss getroffen, sondern auch noch gleich die dafür notwendige

besonders ins Gewicht, dass z. B. – und das trotz Pandemie – aus Kostengründen die Besetzung der Stelle einer Leiterin des Gesundheitsamts seit Jahren aussteht.“ so der Fraktionsvorsitzende der Gießener Linke, Reinhard Hamel.

„In der Begründung des Antrages wird kein einziger Grund dafür angeführt, warum die Stelle geschaffen werden soll“, kritisiert er weiter.

Während große Teile der Bevölkerung, auch im Landkreis Gießen, sich nicht nur Sorgen um ihre Gesundheit machen, sondern auch durch die Auswirkungen der Krise harte finanzielle Einbußen oder sogar existentielle Ängst zu tragen haben, scheinen die CDU, Grüne und FW in dieser Situation

nichts Besseres zu tun zu haben, als sich um die Schaffung neuer gutbezahlter eigener Posten zu "kümmern".

Reinhard Hamel



Nachtragshaushaltssatzung auf den Weg gebracht werden. Ganz so, als gäbe es nichts Dringlicheres als die Versorgung aller an der Koalition beteiligen Fraktionen mit gut dotierten Posten. Dabei fällt

Haltet eure Wahlversprechen – Verkehrswende jetzt!

In der vergangenen Kommunalwahl haben die Parteien und Listen gewonnen, die im Wahlkampf für eine engagiertere Klima- und Verkehrspolitik eingetreten sind. Viele Verkehrswende-Aktive zeigten sich darüber erfreut und schöpften Hoffnung, dass sich nun etwas Wirksames tut.

Wahlergebnisse und Versprechungen alleine bewirken den stadtpolitischen Wandel jedoch noch nicht. „Wir hoffen, dass jetzt viele und weitgehende Taten folgen – und nicht in die sich oft nach dem Wahlkampf einstellende Realpolitiklethargie verfallen wird, in der sich in den nächsten fünf entscheidenden Jahren kaum etwas in Richtung Klimaneutralität

bessert“, heißt es aus den Gießener Verkehrswende-Initiativen. Die erste Nagelprobe, an der sich zeigen wird, was die Stadtpolitik in der noch jungen Periode tatsächlich

beteiligten Koalitionsparteien, um an deren Wahlversprechen zu erinnern. In den Mittelpunkt stellten sie die Übereinstimmung in den Wahlprogrammen wie Fahrradstraßennetz, RegioTram und autofreie Innenstadt, die folglich nun auch angegangen werden müssen. Besonders betont wurde die Verbindung von ökologischen und sozialen Fragen, die zum Beispiel bei der Rekommunalisierung der Stadtwerke und der Einführung des Nulltarifs zum Ausdruck käme.

Die Vorschläge der Verkehrswende-Initiativen befinden sich auf <https://giessen-autofrei.siehe.website>.

Jörg Bergstedt



umsetzen will, bilden die laufenden Koalitionsverhandlungen. Am 15. Mai besuchten daher ca. 200 Radler*innen die Büros der

Rätselhaftes aus dem sinnfreien Gießen

Wer am Schwanenteich in der Nähe des Ringallee-Schwimmbads spazieren geht, stößt auf ein rätselhaftes Gebilde, mitten in der Sichtachse zum Gefängnis. Grobspanplatten, zu einem 6m hohen Kubus zusammengebastelt, wie ein Zu-Hochbeet mit fenster- und türähnlichen Aussparungen und zeitweiliger Wasserspülung, denn am Dach wurde auch gespart. Innen ist es "dekoriert" mit zahlreichen Sinsprüchen an der Tafel-lack-Wand.

Also, doch ein Klohäuschen? Nein, dafür fehlt eine Inneneinrichtung und die Wände würden für zwei Stockwerke reichen. „Ein Mahnmal, ein Wahrzeichen, ein Denkmal!“, denkt sich womöglich mancher Besucher - womit er Recht



haben könnte. „Denn denk' mal an das Defizit der Landesgartenschau 2014!“ Damals wurde dieses Gebilde großspurig „Holzpavillon“ genannt, Erwachsene und Kinder durften, nachdem sie Eintritt gelöhnt

individuelle Visionen und Fantasien“, schwadronierte Ludwig Wiemer, der Gartenamts-Vize. „Killroy was here“ und „Lena und Andy“ sind die bevorzugten "Paradies-Fantasien" heute noch. Wiemers Landesgartenschau GmbH nutzte THM-Studierende und die Zimmerer-Auszubildenden der Theodor-Litt-Schule zur Errichtung als billige Arbeitskräfte aus.

Die Stadtregierung kann sich nicht von diesem Kuriosum trennen. Dafür muss das Ding innen und außen immer wieder von Schmierereien befreit werden. Vielleicht haben die THM-Studierende eine Verwendungs-Idee? Kostenfrei, denn unser städtisches Geld hat jetzt Herr Greensill.

M. Berger

hatten, ihr Paradies mit Kreide an die Wand malen. Aber erst, nachdem sie diese am Automaten erstanden hatten.

Der Bau schaffe „Raum für

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kämpfen statt...

Drei Wochen gratis.
Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Kuba: ein Lehrstück



Wenngleich Kuba im letzten Jahr mit seinem hervorragenden Gesundheitssystem und Covid-Krisenmanagement sogar in den bürgerlichen Medien glänzte, ist die wirtschaftliche Situation vor Ort alles andere als glänzend. Die krisenhafte Situation in Venezuela, als wichtigstem Treibstofflieferant, Hurricanes, Verschärfungen der US-Blockade und die Pandemie haben eine äußerst prekäre Situation in Kuba geschaffen. Sie erinnert an die "Spezialperiode", einem gerade annähernd bewältigt geglaubten Wirtschaftskollaps nach dem Zusammenbruch des

internationalen Sozialismus. Der sozialistische Fokus auf die Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Wohnen, Essen, usw. verhindert glücklicherweise das Schlimmste.

In diesen stürmischen Zeiten fand im April der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei (PCC) statt. Den Weg aus der Krise hin zu einem nachhaltigen Sozialismus mit moderatem Wohlstand wollen sie mit den „Lineamientos“, einem wirtschaftlichen Reformpaket, das auf dem Parteitag 2011 beschlossen wurde, weiterhin beschreiten. Dieses sieht u. a. eine Ausdehnung des Marktes und größere Eigenständigkeit der Betriebe vor - also Schritte weg vom „klassischen“ sozialistischen Plan. Ob Kuba diesen Weg bis zu einem Staatskapitalismus wie in China oder Vietnam verfolgt, bleibt abzuwarten.

Es ist schwer, sich zu diesen gefährlichen Entwicklungen zu positionieren. Bleibt ihnen denn

etwas anderes übrig? Der Stand der Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der sozialistischen Ökonomie ist in der deutschen Diskussion zu niedrig, um alternative Entwicklungswege zu skizzieren. Ohne diese bleibt eine Kritik gehaltlos. Wir sollten den Fall Kubas als Lehrstück begreifen. Als bleibender Leuchtturm sozialistischer Realität hat es unsere Aufmerksamkeit und Solidarität nicht nur verdient, die hiesige anti-kapitalistische Bewegung täte auch gut daran, die Widersprüche des Sozialismus dort zu verstehen, um die dringend nötige Arbeit der Niederlagenanalyse des Sozialismus voranzubringen und wieder ein realistisches Bild tragfähiger sozialistischer Gesellschaftsalternativen am Horizont zeichnen zu können. Nehmen wir uns dem an.

Lorenz Küster

Hambi? Moment, da war doch was!



Die Wahrnehmung für Umweltprobleme und den Klimawandel nimmt seit geraumer Zeit zu. Externe Ereignisse, wie die Nuklearkatastrophe in Fukushima sowie interne Geschehnisse, wie die Rodung des Hambacher Forstes trugen maßgeblich dazu bei, diesen Themenkomplex in die deutsche Öffentlichkeit zu heben. Bei Letzterem ist die Rolle der Grünen überaus aufschlussreich.

Der von Aktivisten geführte Widerstand gegen die Rodung des Hambacher Forstes und die Profitinteressen der RWE dauerte von 2012 bis 2018, dann kam es endlich zu einem Stopp der Rodung. Von dem medialen Interesse und der Stimmung der Bevölkerung für Klimaschutz und gegen RWE profitierten fast ausschließlich Die Grünen. Habeck selbst gab offen zu: „Wenn es ein Momentum gibt, dann ist es die Leidenschaft, die positive Stimmung, die uns trägt“.

Ob die Stimmung bei den Widerstand leistenden Aktivisten, die sich von Hundertschaften der Polizei verprügeln lassen durften,

so positiv war, sei dahingestellt. Damals ließen die Grünen „Reden statt Roden“ verlauten und sprachen den Aktivisten somit scheinbar ihre Solidarität aus. Dabei war es Baerbock und Habeck nicht einmal peinlich, dass die rot-grüne Landesregierung noch im Mai 2016 verkündete, Braunkohle im rheinischen Revier sei „weiterhin erforderlich“ und dass sie der

also selbst erschaffen worden ist! Die Energiewende-Politik der Grünen unterscheidet sich folglich nicht wesentlich von den anderen etablierten Parteien, denn sie ist eher auf Großkonzerne als auf die Natur ausgerichtet.

Man könnte bei den „Grünen“ noch über den ehemaligen Staatssekretär für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Matthias

SPENDENAUFTRUF

UNTERSTÜTZT DEN JUGENDFONDS DER DKP



Nutzung von Braunkohle bis 2045 zustimme. Die Grünen trugen also politische Mitverantwortung für die Rodung und profitierten trotzdem von den Protesten. Der Hype hielt an, obwohl die Grünen in den Koalitionsverhandlungen zur letzten Bundestagswahl von 2017 die Forderung nach Abschaffung der Kohlekraftwerke fallen ließen. Es ist beeindruckend, wie die „positive Stimmung“ von der sogenannten „Umweltpartei“

Berninger, als Cheflobbyist für den Giftkonzern Bayer/Monsanto und viele andere Dinge sprechen, aber davon das nächste Mal.

Jonas von der SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Rechtsgutachten: Vergesellschaftung ist möglich

Die Fraktion der Partei „Die Linke“ im Hessischen Landtag hat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, in dem geprüft wurde, ob nach dem Wegfall des Rückkaufrechts des Landes das Uniklinikum Gießen/Marburg doch noch vergesellschaftet werden könnte. Ergebnis: Nach §15 Grundgesetz ist dies jederzeit möglich. Dieser Paragraph regelt, dass Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt werden können und eine Entschädigung nicht dem Verkehrswert entsprechen muss.

Wissenschaftsministerin Angela

Dorn (Grüne) reagierte mit der Bemerkung, §15 sei aus gutem Grund noch nie angewandt worden. Den Grund nannte sie aber nicht: Alle bisherigen Regierungen in Bund und Ländern haben im Interesse des Kapitals gehandelt. Der kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in fast allen Parteien herrschende Konsens, der Kapitalismus diene nicht dem Wohl des Volkes, wurde schnell vergessen. Das Gleiche gilt für die Nichtanwendung des §14, nach dem Eigentum verpflichtet und zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll.

G.L.



Leserbrief

Liebes Gießener Echo,
im Gießener Echo Nr. 05/52.
Jahrgang vom Mai 21 steht auf Seite
3: Dannenröder Forst: Der Staat will
sich rächen.

Der Artikel macht mich sehr
betroffen. Hiermit möchte ich
folgendes anregen:

Anlässlich des BGH-Urteils zum
Klima sollten die Regierenden
eine GENERALAMNESTIE für alle
Aktivisten des Dannenröder Forstes
erlassen.

In Zeiten der sowieso bereits
schwerst gebeutelten Demokratie
erscheint es vollkommen unver-
hältnismäßig, aktiven Demonst-
ranten, deren Verhalten durch das
Klima-Urteil des BGH im Grundsatz
unterstützt wird, für die kreative
Artikulation ihrer Meinung die von
der Exekutive verursachten Kos-
ten aufzuerlegen. Der Aspekt
von Fremdgefährdung durch z.B.
Abseilen an Autobahnbrücken ist in
diesem Kontext zu vernachlässigen.
(Name der Redaktion bekannt)

Patente töten

Obwohl Entwick-
lung und Pro-
duktionsstart der
Impfstoffe mit hohen
öffentlichen Mitteln
gefördert wurden,
entscheiden die
Hersteller allein,
wem sie wie viel
davon zu welchem
Preis liefern; epi-
demiologische
und medizinische
Gründe spielen dabei keine Rolle.
Engpässe gibt es jedoch weltweit
bei den Produktionskapazitäten.
Dabei existieren auf fast allen
Kontinenten weit mehr mögliche
Produktionsstätten. Eine Freigabe
der Patente könnte viele Krankheits-
und Todesfälle verhindern. Politiker
machen sich zu Komplizen der
Profiteure und setzen sich gegen die
Freigabe ein. Mr. Biden ist Präsident
eines Staates, der nur über wenige
Patente verfügt – er kann sich die
Forderung nach einer Freigabe leis-
ten. Frau Merkel dagegen sind die



Profite der deutschen Patentinhaber
wichtiger als Gesundheit und Leben
von Menschen in benachteiligten
Ländern. Politische Konsequenz
der Pandemie müsste sein, die
private Verfügungsgewalt über
Entwicklung und Verfügung von
Impfstoffen und Medikamenten zu
beenden. Notwendig wären staat-
liche Forschungszentren und die
Möglichkeit, Eigentumsrechte an
Patenten und Produktionsmitteln
außer Kraft zu setzen.

Gernot Linhart

Öffentliche Politik gegen Gießener Löcher! Nach Tucholskys Definition ist ein Loch dort, wo nichts ist

Die Mehrheitsparteien im Gießener
Rathaus haben seit Jahren ihre
Probleme mit Löchern.

Die Landesgartenschau wurde
bekanntlich auf diversen Löchern
aufgebaut: Haushaltlöchern,
Löcher von enthaupteten Bäu-
men, zugeschütteten Kaninchen-
löcher, Löcher in der Wahrheit.

Viele Gießener waren jedoch
schlauer. Sie ließen sich keine
Löcher durch das Eintrittsgeld in
ihren Geldbeutel reißen.

Wegen dem Haushaltsloch
und der löchrigen Kommuni-
kation zwischen Stadtregierung
und Bundesbahn verschob sich
eines der Landesgartenschau-Projekt
um fünf Jahre: ein befahrbares
Loch durch den Bahndamm.
Unglücklicherweise (?) verwechselte
die grüne Dezernentin Brutto und
Netto. Der städtische Geldsäckel
wurde weiter durchlöchert.

Die SPD-Oberbürgermeisterin
wollte ihr da in nichts nachstehen.

Um Zinsen gegen ihr Haushaltsloch
zu raffen, steckte sie zehn Millionen
Steuergelder in ein Ofenloch – nein,
in eine Bank: **Greensill**. Sie dachte
wohl: "Grün nützt immer!"

**Ein Loch ist da, wo etwas nicht ist.
Das Loch ist ein ewiger Kompagnon
des Nicht-Lochs. Loch allein kommt
nicht vor, so leid es mir tut.**

(Kurt Tucholsky)

Und dann gibt es aktuell die
Löcher auf dem stark frequentierten
Spazierweg mit hohem Baumbestand
zwischen Schwanenteich und
Wieseck. Das Gartenamt befährt
ihn gerne mit Klein-LKWs. Seit
neun Jahren ist bekannt, dass der
Schwanenteich Wasser verliert.
Diese Löcher wurden nicht gestopft,
um sie der *bösen* Bürgerinitiative

in die Schuhe schieben zu können.
Denn die wollte ja partout nicht
einsehen, dass alle Bäume und
Gebüsche abgeholzt werden.

Eine solche „Politik des Lochs“
findet meistens in schwarzen
Löchern statt, zu denen der
Bürger keinen Zugriff und keine
Kontrolle erhält. Man nennt so
etwas „nicht-öffentliche Sitzung“
oderschlicht "konspirativ". Selbst
dem Revisionsamt sind die
heimlichen Abrechnungen im
Jugendamt unheimlich geworden.
Deshalb fordert die DKP, dass alle
Sitzungen der Ausschüsse und

der Stadtverordnetenversammlungen
öffentlich stattfinden müssen! Verträge
der Stadt mit Privatfirmen müssen
auf den Tisch gelegt werden! Sonst
zahlen wir Bürger immer wieder für
die Heimlichtuerei der bürgerlichen
Parteien und müssen deren Löcher
stopfen.

M. Berger

Pandemiebekämpfung und Kriegsvorbereitung

Mit dem Nachtragshaushalt für 2021 und dem Haushalt für 2022 haben die deutschen Corona-Schulden eine erschreckende Summe von 1,32 Billionen Euro (Handelsblatt, 21.05.2021) erreicht.

Bürgerliche Politiker vergießen Krokodilstränen und wollen zurück zur Schuldenbremse. Ungeachtet dessen verzeichnet Deutschland jedoch weiterhin eine deutliche Steigerung der Rüstungsausgaben. Als einziges der größeren NATO-Mitgliedsländer erhöhte es seinen Rüstungsetat von 2011 bis 2021 um fast 30 Prozent.

Damit rückt Deutschland vom achten auf den siebten Platz der Länder mit den höchsten "Verteidigungs-" Ausgaben. Diese Kriegsvorbereitungen der BRD gehen unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen weiter.

Umfragen zeigen, dass es für Kampfeinsätze und eine Erhöhung der Rüstungsausgaben keine Mehrheit in der Bevölkerung gibt. Allerdings gelang es den Herrschen-

den scheinbar immer wieder, durch das Schüren von Angst die Stimmung in der Bevölkerung zu manipulieren.

Ein aktuelles Beispiel für diese Taktik ist die Durchsetzung der Corona-Politik. Dabei geht es weniger um die Maßnahmen an sich, sondern vielmehr um die Art und Weise wie sie durchgesetzt werden.

Die Beschränkung demokratischer Rechte wird mit der Bewältigung der Krisenfolgen gerechtfertigt. Ein Beispiel dafür ist die Verabschiedung des geänderten Infektionsschutzgesetzes, was die Rechte der Bundesländer einschränkt. Trotzdem taten die Bundesländer so, als ob das Gesetz nicht zustimmungspflichtig wäre. Sie enthielten sich bei der Abstimmung, womit das Gesetz als verabschiedet gilt. Hier wird die eigene bürgerliche Verfassung manipuliert. Keine Landesregierung will sich vorwerfen lassen, Menschenleben zu riskieren. Die Methode ist nicht neu.

War es zunächst die Angst vor dem Kommunismus, dann die vor der RAF, dann vor dem islamischen Terror, ist es jetzt die Furcht vor dem Virus. Jedes Mal wurden dabei demokratische Rechte eingeschränkt.

Die staatlichen Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung beschleunigen außerdem die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Die Großkonzerne profitieren besonders von der Krise.

Die daraus folgende Perspektivlosigkeit in Teilen der Bevölkerung verstärkt zudem die Krise der liberalen Demokratie. Das wiederum begünstigt den Aufstieg des Rechtspopulismus.

Die Tendenz zu autoritären politischen Verhältnissen wird durch den Umgang mit der Corona-Krise folglich noch weiter befördert.

Henning Mächerle



UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP
Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!
Die Print- und Online-Ausgabe gratis.
Das Abo endet natürlich automatisch!
<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Matratze des Monats

In Gedenken an Dieter Eich: Niemand ist vergessen!



In der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 2000 wurde Dieter Eich von einer Gruppe Faschisten ermordet. Er fiel als Erwerbsloser ihrer menschenverachtenden Ideologie zum Opfer. Wir wollen dazu beitragen, dass Menschen wie Dieter in Erinnerung bleiben. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass faschistischer Terror alltäglich ist. Während antifaschistisches Engagement kriminalisiert wird, stecken Teile der Repressionsbehörden tief im braunen Sumpf. **Den antifaschistischen Selbstschutz aufbauen!**

Den Armen wirts genommen

Fast alle Jugendliche freuen sich auf ihren 18. Geburtstag. Auf 570 000 von ihnen wartet danach jedoch eine böse Überraschung: Sie haben das Pech, in einer Familie aufgewachsen zu sein, die Hartz IV bezieht oder bezogen hatte und während dieser Zeit mal zu viel Geld bekamen, z. B. wegen Berechnungsfehlern oder Meldeversäumnissen. Die Inkassostelle der zuständigen Behörde will 192 Millionen Euro eintreiben, weil sie bei kinderbezogenen Leistungen die Kinder als „Schuldträger“ führt, obwohl diese nichts dafür können und meist auch nichts davon hatten.

Gernot Linhart

ECHO - RÄTSEL

Lösungswort

1. Wird gern fälschlich als „Solidarität“ verkauft
 2. Klimapolitik auf die lange Bank schieben ist ...
 3. Eine Stadt, die denen folgt, ist keine Stadt für alle
 4. NATO-Manöver, das in der Ukraine Öl ins Feuer gießt
 5. Gesundheit geht in der Pandemie offiziell vor, in den Betrieben fehlen aber hinreichende ...
 6. Lohnarbeit kann im Kapitalismus unmenschlicher oder humaner gestaltet sein, ökonomisch ist sie aber immer ...
 7. Für die Teilnahme an den Bundestagswahlen benötigt die DKP noch ...
 8. Leitete vor 20 Jahren den Sozialabbau durch die Hartz-Gesetze ein (Nachname)
 9. Monat mit dem Internationalen Tag der Arbeiterklasse und dem Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus
 10. ... in Gießen?

Die Lösung des Mai-Rätsels lautet „Arbeiterklasse“

M.H.

Termine

05.06.2021 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen, vor dem **Nordstadtzentrum**, Reichenberger Str.

05.06.2021 ab 12 bis 22 Uhr:

Straßenfest "Gießen kindgerecht gestalten", Alter Wetzlarer Weg

09.06.2021 um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen, Kerkradezimmer, Kongresshalle

19.06.2021 ab 18 Uhr,

20.06.2021 ab 11 Uhr:

Aktionstage Philosophenstraße, Straßenfest und politische Aktion, siehe auch <https://giessen-autofrei.siehe.website>

23.06.2021:

Redaktionsschluss

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** druckten wir ein Flugblatt der Gießener Schülerbasisgruppen ab, die gegen den Kommissar der Gießener politischen Polizei Herrn Ochse protestierten. Er hatte von ihnen die Namen aller Mitglieder verlangt, das in einer Schülerzeitung das Symbol Hammer und Sichel verwendet hatten.

Vor **40 Jahren** solidarisierten wir uns mit Arbeitern, die in allen 43 Metallbetrieben im Bezirk Gießen an Streiks teilgenommen hatten. Diese Kampfbereitschaft werteten wir als gute Vorbereitung für die bevorstehenden Kämpfe um die 35-Stunden-Woche.

Vor **30 Jahren** war der „Kieselrot-Skandal“ ein Thema. Zu dieser Zeit waren viele Sport- und Spielplätze sowie Wege und Parkanlagen mit diesem Material belegt, was ursprünglich aus einem ehemaligen Kupferbergwerk stammt. Es hatte sich jedoch herausgestellt, dass dieser Stoff das Gift "Dioxin" enthält, woraufhin die Anlagen gesperrt und

aufwändig saniert werden mussten.

Vor **25 Jahren** berichteten wir, von Plänen der Atomindustrie, radioaktive Abfälle in der Südsee zu entsorgen. Dieser Teil des Pazifiks hatte bis dato bereits stark unter Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben gelitten, verursacht von den USA und Frankreich. Das Vorhaben der Atomkonzerne konnte verhindert werden.

Vor **20 Jahren** wurde das Dosenpfand eingeführt. „Pfanddosen statt Sozialhilfe“ prophezeiten wir. Leider behielten wir Recht.

Vor **10 Jahren** bewerteten wir die „Stresstests“, denen man deutsche Kernkraftwerke nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima unterzog. Wir urteilten, dass die gefundenen Schwachstellen schon vorher bekannt waren. „Es gibt keine sicheren AKWs“ lautete unsere – nicht neue – Schlussfolgerung.

Gernot Linhart

WEG MIT DER CO₂-STEUER

UMWELTSCHUTZ

GEHT NUR SOZIAL

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Gießener Echo

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:

DE72 5135 0025 0200 5491 46

Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel gebennichtunbedingtdieMeinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen, **E-Mail:** giessen@dkp.de **Im Internet:** www.giessen.dkp.de